



9/2014

Kiel, 22. Januar 2014
Sperrfrist 18.30 Uhr

Landtagspräsident Schlie fordert mehr Akzeptanz in der Bevölkerung für den Dienst an der Gesellschaft

Kiel (SHL) – Landtagspräsident Klaus Schlie hat heute (22. Januar) beim Empfang für Bundeswehr, Polizei, Bundesfreiwilligendienst und Katastrophenschutzeinheiten im Kieler Maritim-Hotel eine tiefgreifende gesellschaftliche Debatte darüber gefordert, wie deren Dienst für die Gesellschaft mehr gewürdigt werden könne. „Trotz vieler Ehrungen und Würdigungen durch die Politik ist dieser Dienst heute eine zu große Selbstverständlichkeit“, sagte Klaus Schlie vor den rund 300 Gästen.

Die Gesellschaft müsse sich die Frage stellen, wie sie den Einsatz für Sicherheit und Freiheit stärker würdigen könne. Auch durch den Rückzug der Bundeswehr aus der Fläche verstärke sich die Gefahr eines immer geringer werdenden Rückhalts in der Bevölkerung. Nur durch eine breite Akzeptanz könne der Nachwuchs in diesen Bereichen gesichert werden.

„Eine besondere Form des ehrenamtlichen Engagements ist und bleibt der Bundesfreiwilligendienst. Er hat sich mittlerweile als echtes Erfolgsmodell in unserer Gesellschaft etabliert“, so Schlie. Es sei aber insgesamt eine traurige Tatsache, dass Beruf, Schule und Studium gerade den jungen Menschen immer weniger Zeit für den Dienst im Ehrenamt und für die Gemeinschaft gewähre.

„Nur wenn es uns gelingt, den großen Wert dieser Arbeit, ganz gleich ob haupt- oder ehrenamtlich, stärker in das Bewusstsein der Gesellschaft zu verankern, werden wir die Herausforderungen des demographischen Wandels meistern und ein stabiles Fundament für unsere Bürgergesellschaft legen können“, appellierte der Landtagspräsident.

Diese Fragen dürften nicht nur in den jeweiligen Fachgremien, in der Wirtschaft oder im Parlament debattiert werden. „Die Debatte gehört in die Mitte der Gesellschaft. Diese Diskussion darf sich nicht in Sonntagsreden ergehen, sie muss Bestandteil unseres Alltagsbewusst-

seins sein“, sagte Schlie.

Der Landtagspräsident dankte neben den Angehörigen der im Land stationierten Bundeswehreinheiten auch den Vertretern der Polizei, des Katastrophenschutzes und des Bundesfreiwilligendienstes für ihren Einsatz.